

## EU-Asean-Disput beigelegt

VertreterInnen der Europäischen Union haben zugestimmt, ihre ASEAN-KollegInnen (Association of Southeast Asian Nations) im Mai zu treffen, trotz ihrer seit zwei Jahren andauernden Meinungsverschiedenheiten über Burma.

Der deutsche Botschafter in Thailand, Hermann Erath, sagte, das oft verschobene Treffen würde stattfinden, als Geste des guten Willens von Seiten der Europäischen Union. Die Gespräche würden am 26. Mai in Bangkok beginnen. Burmesischen VertreterInnen wird es erlaubt sein, als BeobachterInnen teilzunehmen und so eine — wie es die EU nennt — passive Rolle zu spielen. Man wolle trotz der Meinungsverschiedenheiten die Beziehungen zu den ASEAN-Staaten nicht ruinieren.

Die EU-VertreterInnen hatten vorher den Ausschluß Burmas gefordert, als Protest gegen die Menschenrechtsverletzun-

gen dort. Zwei geplante Treffen waren abgesagt worden, nachdem mehrere europäische Nationen sich geweigert hatten, Rangoon eine volle Rolle bei den Zusammenkünften spielen zu lassen. Die EU bestand darauf, Burma nicht an den Treffen teilnehmen zu lassen, da es nicht Unterzeichner des Kooperationsprotokolls von 1980 zwischen der EU und ASEAN gewesen ist.

»Es gibt eine Übereinkunft aller EU-Staaten, daß die Kooperation zwischen der EU und ASEAN kein Opfer des Myanmar-Problems werden darf«, so Erath. Die EU habe sich so entschieden, da substantielle politische und wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stünden.

Eine engere Kooperation könne, so Bundesaußenminister Joschka Fischer, auf lange Sicht zur Schaffung eines »stabilen, weltweiten Finanz- und monetären Systems« und

der Etablierung einer »europäisch-asiatischen Freihandelszone« führen. Fischer war aufgrund der deutschen Präsidentschaft im Europarat Vorsitzender eines eintägigen ASEM (Asia-Europe Meeting) Außenministertreffens — des dritten derartigen Treffens — in Berlin Ende März, an dem 15 europäische Außenminister und die Außenminister 10 asiatischer Nationen teilnahmen. Ursprünglich wurde ASEM 1996 in Bangkok von den Staats- und Regierungschefs 15 europäischer und 10 Asiatischer Staaten zusammen mit der europäischen Kommission ins Leben gerufen, um einen politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern.

Beide Regionen zusammen umfaßten über 50 % der Weltbevölkerung, so Fischer. Sie müßten deshalb auch zu den Schwerewichten einer multi-polaren Welt des 21. Jahrhunderts ge-

# nachrichten

hören. »Unser Ansatz ist es, niemanden auszugrenzen. ... Wir wollen eine offene Partnerschaft, von der nicht nur unsere beiden Regionen profitieren, sondern die auch dazu beiträgt, die globalen und aktuellen Aufgaben, denen die Menschheit gegenübersteht, zu meistern.«

Das für den Folgetag geplante EU-ASEAN-Treffen wurde kurzfristig abgesagt, da die EU Burma eine Teilnahme verweigerte, ASEAN aber nur geschlossen teilnehmen wollte.

vgl. *Voice of America*, 31. 3.99; *BBC World Service*, 31. 3.99; *Inter Press Service*, 30. 3.99

## EU verlängert Sanktionen

Auf Beschluß der EU werden die Sanktionen gegen Burma, die im Oktober 1996 erstmalig in Kraft getreten sind, um weitere 6 Monate verlängert. Mitgliedern und Angehörigen der Militärjunta werden keine Visa, seit Oktober 1998 auch keine Transitvisa mehr, erteilt. Ein Paket von politischen und wirtschaftlichen Sanktionen (inkl. Waffenembargo, Aufschub von humanitärer Hilfe) soll den Druck auf

die Militärs erhöhen, Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land zu verwirklichen. Wie schon des öfteren gefordert, drängt die EU in ihrer Resolution vom April 1999 auf schnelle und konkrete Schritte in Richtung Demokratie und Respektierung der Menschenrechte seitens der burmesischen Regierung. Die Parlamentarier schließen weitere restriktive Maßnahmen gegen die Junta nicht aus, sollte ein baldiger,

produktiver Dialog nicht stattfinden und sich die Lage in Burma nicht verbessern. Neben diesen schon lang geforderten Veränderungen erklärt die EU in der Resolution ausdrücklich ihre Bereitschaft, die Arbeit und die inhaltlichen Positionen des Committee Representing the People's Parliament (CRPP) zu unterstützen.

vgl. *Agence Europe* 28.04.1999

## Ka Hsaw Wa bekam Umweltpreis

Den seit zehn Jahren alljährlich verliehenen, mit insgesamt 750.000 Dollar dotierten Goldman Prize bekam dieses Jahr in San Francisco unter anderem der 28jährige, aus dem Karenstaat stammende Ka Hsaw Wa. Ka Hsaw Wa, selbst Opfer der burmesischen Militärjunta, wurde mit dem weltweit bedeutendsten Umweltpreis für sein Engagement dafür ausgezeichnet, Mißstände im Umweltschutz und bei den Menschenrechten seines Landes aufgezeigt und bekämpft zu haben. Seit den frühen 90er Jahren interviewte er, früher schon mit dem »Rebok Human Rights Award« ausgezeichnet, mehr als tausend Opfer des Militärregimes und leitete Informationen über Folterungen, Exekutionen und Zwangsumsiedlung an die internationale Staatengemeinschaft weiter. Neben der Dokumentation dieser Menschenrechtsverletzungen beschäftigt sich Ka Hsaw Wa mit dem Schutz bedrohter Tiere und stellt sich gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen.

vgl. *Goldman Environment Foundation* 19.04.1999

## Zum Tode von Michael Aris

Michael Aris, der britische Ehemann Aung San Suu Kyis, starb am 27. März, seinem 53. Geburtstag, in einem Londoner Krankenhaus an Krebs. Die burmesische Militärregierung hatte ihm bis zuletzt ein Visum verweigert, um seine Ehefrau ein letztes Mal zu sehen. Das letzte Treffen zwischen ihnen fand vor drei Jahren statt.

In Interviews sagte Aung San Suu Kyi, daß der Verlust des Kontakts zu Ihrem Mann und der Chance, ihren beiden Söhnen eine Mutter zu sein, eines der Opfer dafür sei, die

burmesische Widerstandsbewegung zu führen. Sie habe ihn gewarnt, so Michael Aris vor seinem Tod, daß sie, wenn ihr Volk sie jemals brauchen sollte, diese Pflicht erfüllen müsse.

Im Vorwort ihres Buches »Freedom from Fear« schrieb er, daß ihre Entscheidung, 1988 in Burma zu bleiben, »nicht als Überraschung kam«. »Ich mußte nun mein Versprechen, sie zu unterstützen, das ich ihr vor vielen Jahren im Voraus gegeben hatte, einhalten.« 1991 hat er für sie in Oslo

den Friedensnobelpreis entgegengenommen.

Die burmesische Regierung hatte ihm in den letzten Wochen immer wieder ein Visum verweigert, mit der Begründung, daß es mehr Sinn mache, wenn seine gesunde Frau ihn besuchen würde, da man in Burma keine adäquate medizinische Versorgung gewährleisten könne. Aung San Suu Kyi hatte jedoch immer klar gestellt, daß sie Burma nicht verlassen werde, aus Furcht, nicht mehr einreisen zu dürfen.

vgl. *New York Times*, 27. 3.99

# nachrichten

Ein kürzlich erschienener Bericht der Vereinten Nationen beschuldigt die Militärjunta Burmas, eine unbarmherzige Kampagne der Repression gegen politische GegnerInnen zu führen und die Menschenrechte verschiedener ethnischer Gruppen und Minderheiten massiv zu verletzen. Der Bericht wurde den Mitgliedern der UN-Menschenrechtskommission vorgelegt.

## UN-Bericht zu Menschenrechten

Der Bericht verurteilt die brutalen Maßnahmen der militärischen Führung Burmas, die darauf ausgerichtet sind, ihre Macht zu erhalten. Die Regierung weigert sich, einen ernsthaften Dialog mit politischen GegnerInnen zu führen und hat ihre Repressionen, gegen die NLD (National League for Democracy), intensiviert.

Der UN-Sondergesandte, Rasjoomer Lallah, berichtet, daß es in den letzten Monaten verstärkt zu Maßnahmen gegen die Parteimitglieder der NLD durch das Militär kommt, unter anderem zu Verhaftungen von Hunderten von Parteiangehörigen. Er beschuldigt das Militär der Folter, willkürlicher Tötungen und des Ver-

bots der Freiheit des Denkens, des Ausdrucks und der Versammlungsfreiheit.

Lallah ist es seit über drei Jahren verboten, in Burma einzureisen. Seine Informationen stammen von »glaubwürdigen ZeugInnen« außerhalb des Landes und von Menschenrechtsorganisationen. Lallah ist besonders besorgt aufgrund von Berichten über die andauernde brutale Repression von Minderheitengemeinschaften im Osten Burmas. Viele Menschen haben aufgrund von systematischen und massiven Verletzungen grundlegender Menschenrechte ihr Leben verloren. »Die momentane Situation in diesen ethnischen Staaten ... wird unvermeidlich zu einem militärischen

Desaster führen, bei dem mehr als schätzungsweise eine halbe Million Menschen durch das Militär und die augenblickliche politische Strategie zu Vertriebenen gemacht werden und über hunderttausend andere in Thailand Zuflucht suchen werden«, so Lallah.

Der UN Gesandte fordert die burmesische Regierung auf, den exzessiven Gebrauch von Gewalt, einschließlich der Kinderarbeit und auch ihre Praxis der Zwangsarbeit zu stoppen. ZivilistInnen sollten nicht mehr dazu gezwungen werden, unbezahlt als Träger für das Militär zu arbeiten, da diese Methoden eine Art Slaverie darstellten.

vgl. *Voice of America*, 2. 4. 1999

## Gefangene müssen für Armee arbeiten

Hunderte von burmesischen Gefangenen wurden seit Beginn dieses Jahres gezwungen, Waffen für die militärischen Operationen der regierenden Junta gegen die KNU — gegenüber der thailändischen Tak Provinz — zu liefern. Insassen aus den Gefängnissen in Moulmein, Thaton und Mingale wurden rekrutiert, von der Armee zu Trägern für Waffen, Munition und Lebensmittel genötigte burmesische DorfbewohnerInnen zu unterstützen. Nach Aussagen einer Quelle plant Rangoon die Entsendung von mindestens 6.000 Soldaten aus dem Südosten des Landes, um alle KNU-Stützpunkte bis zum En-

de dieser Trockenzeit zu umzingeln und anzugreifen.

Die thailändischen Sicherheitskräfte haben kürzlich 14 burmesische DorfbewohnerInnen aufgegriffen, die vor den Kämpfen in Burma geflohen waren. Einer der Festgenommenen erzählte, daß mindestens 200 Menschen als TrägerInnen in dem Gebiet arbeiten müssen. Nach Aussagen einer anderen Quelle ist es den burmesischen Truppen gelungen, die 7. Division der KNU zu besiegen. 200 thailändische Soldaten wurden ausgesandt, um die Sicherheit an der Grenze weiterhin zu gewährleisten.

vgl. *BP* 14.3.99

## UN mißbilligt Mord und Zwangsarbeit

Die 53 Mitglieder des UN-Kommissariats für Menschenrechte einigten sich nach ihrem Treffen in Genf auf eine gemeinsame Resolution bezüglich der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Burma. Inhaftlich basiert der Text auf dem Entwurf der EU. Verurteilt wird die Verfolgung der demokratischen Opposition, besonders jene von Mitgliedern und Freunden der National League for Democracy (NLD). Aber auch die Ausbrei-

tung von Zwangsarbeit in Verbindung mit dem Aufbau der touristischen Infrastruktur, die systematische Vertreibung und Zwangsumsiedlung der burmesischen Bevölkerung und willkürliche Exekutionen werden in der Resolution thematisiert. Die burmesische Delegation, welche in Genf Beobachterstatus besitzt, denunzierte den Text als »eine Litanei von unbewiesenen und falschen Behauptungen.«

vgl. *Reuters* 05.05.1999

## Abkommen mit Karen in Sicht?

Burmas Militärregierung ist zuversichtlich, in Kürze ein Friedensabkommen mit der »Karen National Union« (KNU), der letzten noch kämpfenden Widerstandsgruppe der ethnischen Minderheiten, abzuschließen. Die amtliche Nachrichtenagentur zitierte den ersten Sekretär des »State Peace and Development Council« (SPDC), Khin Nyunt, mit den Worten: »Wir sind zuversichtlich, daß unsere Bemühungen für eine nationale Rekonsolidierung entsprechend gewürdigt werden und die KNU uns in nicht allzu ferner Zukunft die Hände reicht.«

Es ist das erstemal, daß ein Top-Mitglied des SPDC solchem Optimismus Ausdruck verlieh, seit die Kontakte vor einigen Jahren abgebrochen wurden. 17 Gruppen, so Khin Nyunt, seien bereits auf den Boden des Rechtes zurückgekehrt; die KNU sei die einzige, die noch bewaffneten Widerstand leiste.

Die KNU dementierte diese Berichte jedoch umgehend in einem BBC-Interview. Der KNU-Sprecher sagte, daß keine Verhandlungen liefen und das Militär statt dessen eine Offensive gestartet habe.

vgl. *tr* 14.3.99; *BBC*, 14.3.99

## Angriff auf Aung San Suu Kyis Integrität

Die Kritik an Aung San Suu Kyi wächst unter Diplomaten und angeblich auch in den eigenen Reihen. Europäische Diplomaten in Rangun behaupten, die Militärregierung habe den Kampf gewonnen, Suu Kyi verloren. Man wirft ihr Unbeweglichkeit und undiplomatische Verhandlungsweisen vor, ihre Angriffe auf die Junta seien nicht lösungsorientiert. Es wird befürchtet, daß der Zusammenhalt der Demokraten gefährdet sei, auch wenn Suu Kyi die ideologischen Zügel fest in der Hand halte. Diese beginnende Zerrissenheit zeige sich auch deutlich durch einen offenen Brief dreier NLD-Mitglieder an die Parteiführung, in dem die baldige Eröffnung

des Dialogs zwischen Junta und NLD gefordert wird. Aung San Suu Kyi indes wirft ihnen Verrat vor, da sie vor kurzer Zeit noch inhaftiert waren und diese Kritik an ihr eine Art politischer Handel mit dem Regime sein könnte, um die Freiheit wiederzuerlangen. Man beobachte eine wachsende Unruhe, vor allem da Aung San Suu Kyi die anderen Mitglieder ihrer Partei über ihre politische Denk- und Vorgehensweise im Unklaren läßt, behaupten Diplomaten aus Rangun. Westliche Diplomaten jedoch erachten Aung San Suu Kyi weiterhin als »einzig akzeptable Gegenspielerin.«

vgl. *Frankfurter Rundschau* 5.5.1999